



Karlstraße 14
40210 Düsseldorf

Tel. 0211 171 18 83
Fax 0211 175 25 27

info@le-gymnasien-nrw.de
www.le-gymnasien-nrw.de

Sitz des Vereins: Düsseldorf
Eingetragen beim Amtsgericht
Düsseldorf, VR 9293

Stellungnahme der Landeselternschaft der Gymnasien in NRW e.V.

zur

Änderung der Verordnung über die Ausbildung und die Abschlussprüfungen in der Sekundarstufe I (Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I APO-S I) zum 1. August 2016

Die Landeselternschaft nimmt wie folgt Stellung zum Änderungsentwurf zur Verordnung über die Ausbildung und Abschlussprüfungen in der Sekundarstufe I:

Die Landeselternschaft lehnt die Fassung des § 4 Abs. 5 APO-SI neu ab. Der Ausweitung der Möglichkeit des jahrgangsübergreifenden Unterrichts auf nun alle Schulformen und hier insbesondere auf das Gymnasium können wir aus nachfolgenden Gründen nicht zustimmen:

1. In der Begründung wird angeführt, dass diese Form des Unterrichts unter anderem zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung eingesetzt werden kann. Damit wird wieder einmal den einzelnen Schulen unter dem Deckmantel der vielgepriesenen Selbständigkeit die Verantwortung zugewiesen. Es steht zu erwarten und zu befürchten, dass im Falle eines Lehrermangels und der daraus resultierenden unzureichenden Unterrichtsversorgung seitens der Bezirksregierungen anstelle der Vornahme kostenträchtiger Lehrereinstellungen die Schulen darauf verwiesen werden, zur Behebung des Mangels jahrgangsübergreifenden Unterricht einzuführen.

2. Wir haben größte Bedenken, ob bei einem jahrgangsübergreifenden Unterricht der gymnasiale Bildungsstandard – sprich die Vermittlung der vertieften allgemeinen Bildung – erreicht werden kann. Die Heterogenität der Lerngruppen wird hierdurch weiter vergrößert.

3. Wir befürchten, dass die Lehrkräfte, welche durch Inklusion und Flüchtlinge oft jetzt schon am Rande ihrer Möglichkeiten sind, dann völlig überfordert sein werden. Dies wird nur zu einer Erhöhung des Krankenstandes bei den Lehrern führen.

Die Landeselternschaft kann nicht akzeptieren, dass die Einführung des jahrgangsübergreifenden Unterrichts als Mittel zur Einsparung von Lehrerstellen genutzt wird. Wir fordern, dass die Schulen endlich mit der benötigten Anzahl an qualifizierten Lehrkräften ausgestattet werden. Die Versäumnisse in den vergangenen Jahrzehnten müssen kurzfristig behoben werden. Es dürfen keine weiteren Ersatzlösungen zu Lasten der Schüler und Schülerinnen sowie der Lehrkräfte eingeführt werden.

Düsseldorf, den 14.01.2016